

Was die „Ampel der Zukunft“ alles kann

Künftig haben Blaulicht-Fahrzeuge Vorrang und ein Kollisionswarner soll Radfahrer besser schützen

Von Ute Wessels

Essenbach. Mit moderner Ampeltechnik soll an einer Kreuzung in Essenbach (Landkreis Landshut) künftig der Verkehrsfluss optimiert werden. Dort hat gestern Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) die „Ampel der Zukunft“ vorgestellt. Sie bietet den Angaben nach deutlich mehr, als den Verkehr für bestimmte Fahrrichtungen freizugeben: etwa Vorfahrt für Blaulicht-Fahrzeuge, Abbiegeassistenten und automatische Grünphasen durch Kameraerfassung.

Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Essenbach können von der Ampel eine sofortige Grünphase anfordern: So wird der Weg für die Feuerwehr freigegeben und andere Autos, die dem Einsatzfahrzeug sonst an der roten Ampel im Weg stehen würden, können somit wegfahren.

Mehr Sicherheit im Radverkehr soll ein Kollisionswarner bringen. Das System wird von einem Kameradetektor mit Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuert. Ein orangefarbenes Blinklicht am Ampelmast zeigt Gefahr an.

Für Radfahrer gibt es weitere Hilfsmittel: Eine an der St 2615 (vormals B 15) etwa 100 Meter vor der Kreuzung angebrachte Säule ermittelt via Sensor die Geschwindigkeit eines Radfahrers. Auf dieser Basis empfiehlt sie ihm, wie er seine Geschwindigkeit anpassen



Das erste Exemplar der neuen Ampeltechnik hat Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) gestern in Essenbach im Landkreis Landshut eingeweiht. Ziel ist es, einen möglichen bayernweiten Einsatz vorzubereiten.

– Foto: Kneffel, dpa

muss, um die Ampel bei Grün zu erreichen. Zudem sei es möglich, die Grünphase für Radler, die sich der Ampel nähern, zu verlängern. Die Erkennung erfolge über einen Radardetektor, der die Befehle an die Ampel weitergibt.

Eine mit KI ausgestattete Kamera erkennt, ob Fußgänger die Stra-

ße überqueren möchten. Sie fordere dann automatisch eine Grünphase an. Diese Grünphase werde für langsame Fußgänger, etwa Menschen mit Mobilitätseinschränkung, verlängert, hieß es. Über Radartaster könnten Fußgänger außerdem kontaktlos Grün anfordern. Das System er-

fasse Handbewegungen bereits in zehn bis 50 Zentimetern Abstand.

Ziel des Pilotprojekts in Niederbayern sei, Erkenntnisse für einen möglichen bayernweiten Einsatz – zum Beispiel an Unfallschwerpunkten – zu gewinnen. Der Datenschutz sei gewährleistet, teilte das Ministerium mit. Es wür-

den keine Personen identifiziert und keine Kennzeichen erfasst.

Der Freistaat investiert den Angaben zufolge rund 100 000 Euro in das Projekt. Umgesetzt hat die Maßnahmen die Zentralstelle Verkehrsmanagement an der Landesbaudirektion Bayern. – lby